

INHALT

- | | |
|---|--|
| <p>38. Änderung der Finanzierung der Sozial- und Gesundheitssprengel</p> <p>39. Voranschlagsrichtlinien 2010 der Gemeinden und Gemeindeverbände</p> <p>40. Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen 2010; Wahlwerbung</p> | <p>41. Fällt der Getränkesteuerausgleich?</p> <p>42. Einwendungen von Grundeigentümern in Straßenrechtsverfahren</p> <p><i>Verbraucherpreisindex für Oktober 2009 (vorläufiges Ergebnis)</i></p> |
|---|--|

* * * * *
*Der Gemeindereferent der Tiroler Landesregierung
 Landeshauptmann Günther Platter und die Angehörigen
 der Abteilung Gemeindeangelegenheiten des Amtes
 der Tiroler Landesregierung wünschen allen Bürgermeisterinnen
 und Bürgermeistern, Mitgliedern der Gemeinderäte
 und Gemeindebediensteten sowie allen Leserinnen und Lesern
 des Merkblattes ein fröhliches, gnadenvolles Weihnachtsfest
 und ein glückliches, erfolgreiches neues Jahr.*
 * * * * *



38.

Änderung der Finanzierung der Sozial- und Gesundheitssprengel

Die Sozial- und Gesundheitssprengel bzw. die von den Sozial- und Gesundheitssprengeln erbrachten Leistungen wurden bisher einerseits durch Beiträge der betreuten und gepflegten Personen und andererseits durch Subventionen des Landes und der Gemeinden finanziert. Dabei haben die Gesamtaufwendungen in den letzten Jahren rd. € 23 Mio. betragen, wovon rd. € 8 Mio. als Beiträge der Klienten und Klientinnen eingehoben wurden, rd. € 10 Mio. als Subventionen vom Land und rd. € 5 Mio. als Subventionen von den Gemeinden gegeben wurden. Aufgrund der bestehenden Richtlinien mussten die Gemeinden eines Sprengels zumindest 20% jener Subventionsleistung zusätzlich erbringen, welche vom Land Tirol für den jeweiligen Sprengel gegeben wurde.

Ab dem Jahr 2010 sollen die Basisleistungen der Sozial- und Gesundheitssprengel (medizinische Hauskrankenpflege, Hauskrankenpflege, Haushaltshilfe, Beratung und Organisation) über ein echtes Leistungsfinanzierungssystem abgerechnet werden. Das heißt, dass für alle Sozial- und Gesundheitssprengel und sonstigen Pflegevereine landesweit einheitliche Normkosten festgelegt wurden und für die entsprechenden Leistungen von den einzelnen Klienten und Klientinnen je nach Einkommen und Pflegegeld auch Selbstbehalte in der selben Höhe einzuheben sind. Die nicht durch Selbstbehalte der Klienten und Klientinnen gedeckten Normkosten für diese Basisleistungen werden den Sprengeln vom Land Tirol ersetzt und in sinnvoller Anwendung des § 15 Abs. 6 Tiroler Grund-

sicherungsgesetz zu 35% von den Gemeinden an das Land refundiert. Hierüber wurde mit dem Tiroler Gemeindeverband bzw. mit der Stadtgemeinde Innsbruck das erforderliche Einvernehmen hergestellt.

Der Anlage ist eine bezirksweise Aufstellung jener Beträge zu entnehmen, welche die Gemeinden im Jahr 2010 dem Land Tirol voraussichtlich als 35%-Anteil für die Mobilen Pflege- und Betreuungsdienste zu leisten haben werden. Diese Aufstellung basiert auf den im Jahresvoranschlag 2010 des Landes Tirol hierfür vorgesehenen Einnahmen von € 6.093.500,-. Die Umrechnung auf die einzelnen Bezirke wurde in der Weise vorgenommen, dass die Rechnungs-, Leistungs- und Stundenergebnisse aus den Rechnungsabschlüssen 2008 auf das neue Normkostenmodell umgelegt wurden und die sich daraus ergebenden Prozentanteile als Basis für die Aufteilung der im Jahr 2010 zu erwartenden Gemeindebeiträge genommen wurden. Anzumerken ist in diesem Zusammenhang, dass die von den einzelnen Sozial- und Gesundheitssprengeln angegebenen Leistungsstunden, welche eine wesentliche Grundlage für diese Berechnung bilden, teilweise differieren, sodass mit einem gewissen Ungenauigkeitsfaktor gerechnet werden muss.

Bezirk	Anteil Verteilung inkl. Stadt (ISD und Vereine)	Gemeindebeiträge 2010 nach Bezirk bei einem Gemeindebudget von 6,093 Mio. € ; hochgerechnet aus Normkosten 2008
Innsbruck-Land	16,34%	995.677,90
Imst	5,84%	356.067,22
Kitzbühel	8,98%	547.053,30
Kufstein	13,59%	828.222,73
Landeck	6,87%	418.551,39
Lienz	13,59%	827.808,44
Reutte	2,89%	181.616,31
Schwaz	9,34%	569.061,31
		4.724.058,60
Innsbruck-Stadt	22,47%	1.369.160,55
	100,00%	6.093.219,15
Landesbudget 2010		
Gemeindebeiträge		6.093.500,00

Diese Beiträge erhöhen den „Privatrechtlichen Beitrag nach dem Tiroler Grundsicherungsgesetz“ für das Jahr 2010 (HHSt. 4110 + 7513).

Berechnung der einzelnen Gemeinde:

Bezirkssumme / Finanzkraft II 2010 des Bezirkes X
Finanzkraft II 2010 der Gemeinde

= Beitrag nach dem neuen Leistungsfinanzierungssystem der Sozial- und Gesundheitssprengel.

Die Mitteilung über die Höhe der Finanzkraft II 2010 der einzelnen Bezirke ist im Merkblatt Oktober 2009 „Richtlinien für den Voranschlag 2010“ erfolgt.

Für die Basisleistungen sind künftig keine direkten Zahlungen von den Gemeinden an die Sozial- und Gesundheitssprengel vorgesehen und zu budgetieren.

Sollten Sozial- und Gesundheitssprengel über diese Basisleistungen hinausgehende Leistungen erbringen, werden diese vom Land künftig nicht mehr gefördert und müssten sich die Sozial- und Gesundheitssprengel bzw. die Gemeinden allenfalls um eine gesonderte Finanzierung bemühen. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass den Sozial- und Gesundheitssprengeln künftig sämtliche Einnahmen aus Spenden verbleiben, womit die Möglichkeit besteht, verschiedene nicht pflegebedingte Aktivitäten zu finanzieren.

Abschließend wird darauf hingewiesen, dass die Gemeinden für das Jahr 2010 für die Basisleistungen der Sozial- und Gesundheitssprengel (medizinische Hauskrankenpflege, Hauskrankenpflege, Haushaltshilfe, Beratung und Organisation) in ihren Budgets nur noch den Transfer (die Refundierung) an das Land vorzusehen haben werden. Die diesbezüglichen Gemeindebeiträge werden den Gemeinden vom Land Tirol im Rahmen der Vorschreibung für die Sozialhilfeumlage zur Zahlung vorgeschrieben.

Abteilung Soziales, Zahl Va-888-594/40
vom 26.11.2009

39.

Voranschlagsrichtlinien 2010 der Gemeinde und Gemeindeverbände

Die 10%-ige Budgetsperre im Sinn der Ausführungen in den Richtlinien für den Voranschlag 2010 der Gemeinden und Gemeindeverbände, Merkblatt für die

Gemeinden Tirols, 82. Jahrgang, Oktober 2009, ist als 10% der entsprechend den Richtlinien budgetierten Abgabenertragsanteile der Gemeinde zu verstehen.

40.

Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen 2010; Wahlwerbung

Die **Tiroler Gemeindewahlordnung 1994**, LGBL. Nr. 88, in der Fassung der Gesetze LGBL. Nr. 12/1995, 40/1995, 94/1995, 145/1998, 113/2001, 33/2003, 127/2003, 67/2006 und 19/2008 regelt in ihrem **4. Abschnitt die Wahlwerbung**; sie versteht darunter insbesondere die Wahlvorschläge für die Wahl des Gemeinderates und des Bürgermeisters, die Koppelung von Wahlvorschlägen für die Wahl des Gemeinderates, die Überprüfung der Wahlvorschläge und Koppelungserklärungen und die Behebung von Mängeln, die endgültige Prüfung und die Kundmachung der Wahlvorschläge und Koppelungen.

Wählbar zum Gemeinderat sind alle wahlberechtigten Unionsbürger, zum Bürgermeister alle wahlberechtigten österreichischen Statsbürger, die spätestens am

Wahltag, dem 14. März 2010 das 18. Lebensjahr vollendet haben.

Nähere **Regelungen zu den Wahlvorschlägen für die Wahl des Gemeinderates und des Bürgermeisters** enthalten die §§ 35, 36, 38 und 39 bzw. 40 und 41.

Spätestens am 31. Jänner 2010 hat die Gemeindewahlbehörde die Anzahl der zu wählenden Gemeinderatsmitglieder sowie die Voraussetzungen für die Einbringung von Wahlvorschlägen für die Wahl des Gemeinderates und des Bürgermeisters durch öffentlichen Anschlag kundzumachen. Da es sich um einen Sonntag handelt, sollte der öffentliche Anschlag noch am vorhergehenden Freitag als dem letzten Arbeitstag im Gemeindeamt angebracht werden.

Muster für den öffentlichen Anschlag:

Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen 2010

Gemeinde:

KUNDMACHUNG

der Gemeindewahlbehörde nach den §§ 35 Abs. 1 und 40 Abs. 1 der Tiroler Gemeindewahlordnung 1994

Bei der Wahl des Gemeinderates am 14. März 2010 in der Gemeinde sind Gemeinderatsmitglieder zu wählen.

Wählergruppen haben ihre **Wahlvorschläge für die Wahl des Gemeinderates** frühestens am Stichtag, das ist der 30. Dezember 2009, und spätestens am 23. Tag vor dem Wahltag, das ist der 19. Februar 2010, 17.00 Uhr, bei der Gemeindewahlbehörde schriftlich einzubringen.

Der Wahlvorschlag hat zu enthalten:

- a) die Bezeichnung der Wählergruppe und eine allfällige Kurzbezeichnung;
- b) die Wahlwerberliste, in der, mit arabischen Ziffern gereiht, die Wahlwerber unter Angabe ihres Familien- und Vornamens, ihres Geburtsjahres, ihres Berufes und ihrer Adresse anzuführen sind; die Wahlwerberliste darf höchstens doppelt so viele Wahlwerber enthalten, wie Gemeinderatsmitglieder zu wählen sind; sie muss jedoch mindestens vier Wahlwerber enthalten;
- c) die Bezeichnung eines Zustellungsbevollmächtigten unter Angabe seines Familien- und Vornamens, seines Geburtsjahres und seiner Adresse.

Der Wahlvorschlag muss von Wahlberechtigten unterfertigt sein.

In den Wahlvorschlag darf ein Wahlwerber nur dann aufgenommen werden, wenn er hiezu schriftlich seine Zustimmung erklärt hat. Die Zustimmungserklärung ist dem Wahlvorschlag anzuschließen. Sie gilt zugleich als Unterfertigung des Wahlvorschlages.

In den Wahlvorschlag darf ein Unionsbürger, der die österreichische Staatsbürgerschaft nicht besitzt und noch keine fünf Jahre ununterbrochen in einer österreichischen Gemeinde den Hauptwohnsitz hat, als Wahlwerber nur

dann aufgenommen werden, wenn er schriftlich erklärt, dass er nach dem Recht seines Herkunftsmitgliedstaates nicht infolge einer strafrechtlichen Entscheidung des passiven Wahlrechts verlustig gegangen ist. In der Erklärung ist auch die Staatsangehörigkeit anzugeben.

Einen **Wahlvorschlag für die Wahl des Bürgermeisters** darf nur eine Wählergruppe einbringen, die auch einen Wahlvorschlag für die Wahl des Gemeinderates einbringt. Dabei gelten Wählergruppen miteinander gekoppelter Wahlvorschläge nicht als eine Wählergruppe. Eine Wählergruppe darf nur den in der Wahlwerberliste ihres Wahlvorschlages für die Wahl des Gemeinderates an der ersten Stelle gereihten Wahlwerber als Wahlwerber für die Wahl des Bürgermeisters vorgeschlagen. Der Wahlvorschlag für die Wahl des Bürgermeisters muss gleichzeitig mit dem Wahlvorschlag für die Wahl des Gemeinderates eingebracht werden:

Der Wahlvorschlag hat zu enthalten:

- a) die Bezeichnung der Wählergruppe;
- b) den Familien- und Vornamen, das Geburtsdatum, den Beruf und die Adresse des Wahlwerbers.

Der Wahlvorschlag muss von mehr als der Hälfte der Wahlwerber aus der Wahlwerberliste des von der Wählergruppe für die Wahl des Gemeinderates eingebrachten Wahlvorschlages unterfertigt sein.

Der Wahlwerber, der für die Wahl des Bürgermeisters vorgeschlagen wird, muss hiezu schriftlich seine Zustimmung erklärt haben. Die Zustimmungserklärung ist dem Wahlvorschlag anzuschließen. Sie gilt zugleich als Unterfertigung des Wahlvorschlages.

Der Zustellungsbevollmächtigte einer Wählergruppe für die Wahl des Gemeinderates ist auch Zustellungsbevollmächtigter für den von dieser Wählergruppe eingebrachten Wahlvorschlag für die Wahl des Bürgermeisters.

Für die Gemeindewahlbehörde:

Gemeindewahlleiter

Eine Kundmachung, die von der Gemeinde den örtlichen Verhältnissen entsprechend ergänzt und sodann in der erforderlichen Zahl ausgedruckt und angeschlagen werden kann, wird den Gemeinden zeitgerecht per E-Mail zur Verfügung gestellt.

Wahlvorschläge für die Wahl des Gemeinderates und des Bürgermeisters können frühestens am Stichtag, dem 30. Dezember 2009 und **spätestens am Freitag, den 19. Februar 2010, 17.00 Uhr, schriftlich** eingereicht werden. Tag und Uhrzeit des Einlangens sind auf dem Wahlvorschlag zu vermerken.

Der Wahlvorschlag für die Wahl des Gemeinderates hat zu enthalten:

- die Bezeichnung der Wählergruppe und eine allfällige Kurzbezeichnung,
- die Wahlwerberliste, in der, mit arabischen Ziffern gereiht, die Wahlwerber unter Angabe ihres Familien- und Vornamens, ihres Geburtsjahres, ihres Berufes und ihrer Adresse anzuführen sind – die Wahlwerberliste muss mindestens vier und darf höchstens doppelt so viele Wahlwerber enthalten, wie Gemeinderatsmitglieder zu wählen sind;

- die Bezeichnung eines Zustellungsbevollmächtigten.

Der Wahlvorschlag muss von einer Anzahl von Wahlberechtigten, die mindestens 1 v. H. der Einwohnerzahl laut dem zuletzt kundgemachten endgültigen Ergebnis der Volkszählung (= Volkszählung 2001), aufgerundet auf die nächsthöhere ganze Zahl, beträgt, mindestens jedoch von acht Wahlberechtigten, unterfertigt sein.

Dem Wahlvorschlag ist die schriftliche Erklärung jedes Wahlwerbers anzuschließen, mit der Aufnahme in den Wahlvorschlag einverstanden zu sein (Zustimmungserklärung); die Zustimmungserklärung gilt gleichzeitig als Unterfertigung des Wahlvorschlages.

Dem Wahlvorschlag ist im Fall eines Unionsbürgers, der die österreichische Staatsbürgerschaft nicht besitzt und noch keine fünf Jahre ununterbrochen in einer österreichischen Gemeinde den Hauptwohnsitz hat, die Erklärung anzuschließen, nach dem Recht seines Herkunftsmitgliedstaates nicht infolge einer strafrechtlichen Entscheidung des passiven Wahlrechtes verlustig gegangen zu sein.

Muster eines Wahlvorschlages für die Wahl des Gemeinderates:

Wahl des Gemeinderates am 14. März 2010 in der Gemeinde

**Wahlvorschlag
nach § 35 der Tiroler Gemeindewahlordnung 1994**

Bezeichnung der Wählergruppe:

.....

Wahlwerberliste:

- 1. (Familien- und Vorname, Geburtsjahr, Beruf und Adresse)
 - 2.
 - 3.
 - 4.
 - 5.
- usw.

(mindestens vier Wahlwerber, höchstens doppelt so viele Wahlwerber als Gemeinderatsmitglieder zu wählen sind)

Zustellungsbevollmächtigter:

.... (Familien- und Vorname, Geburtsjahr und Adresse)

Der vorstehende Wahlvorschlag wird nach § 35 Abs. 4 der Tiroler Gemeindewahlordnung 1994 von folgenden Wahlberechtigten unterstützt:

- | | |
|--|----------------|
| 1. (Familien- und Vorname, Adresse) | (Unterschrift) |
| 2. | |
| 3. | |
| 4. | |
| 5. | |
- usw.

(Unterfertigung von mindestens 1% der Einwohnerzahl der Gemeinde, aufgerundet auf die nächsthöhere ganze Zahl, jedenfalls aber von acht Wahlberechtigten)

Muster für eine Zustimmungserklärung für die Wahl des Gemeinderates:

Wahl des Gemeinderates am 14. März 2010 in der Gemeinde

.....

Zustimmungserklärung nach § 35 Abs. 5 der Tiroler Gemeindewahlordnung 1994

Ich(Familien- und Vorname, Geburtsjahr, Beruf und Adresse) stimme der Aufnahme als Wahlwerber in den Wahlvorschlag der Wählergruppe „“ für die Wahl des Gemeinderates zu.

.....
Datum und Unterschrift

Muster für die Erklärung eines nichtösterreichischen Unionsbürgers, der noch keine fünf Jahre ununterbrochen in einer österreichischen Gemeinde den Hauptwohnsitz hat

Wahl des Gemeinderates am 14. März 2010 in der Gemeinde

.....

Erklärung nach § 35 Abs. 6 der Tiroler Gemeindewahlordnung 1994

Ich (Familien- und Vorname, Geburtsjahr, Beruf und Adresse) bin Wahlwerber der Wählergruppe „“ für die Wahl des Gemeinderates und erkläre, Staatsangehöriger der/des zu sein und nach dem Recht meines Herkunftsmitgliedstaates nicht infolge einer strafrechtlichen Entscheidung des passiven Wahlrechtes verlustig gegangen zu sein.

.....
Datum und Unterschrift

Einen Wahlvorschlag für die Wahl des Bürgermeisters darf nur eine Wählergruppe einbringen, die auch einen Wahlvorschlag für die Wahl des Gemeinderates einbringt (je einen Wahlvorschlag für die Wahl des Bürgermeisters einzubringen, bleibt auch miteinander gekoppelten Wahlvorschlägen unbenommen); der Wahlvorschlag für die Wahl des Bürgermeisters ist gleichzeitig mit dem Wahlvorschlag für die Wahl des Gemeinderates einzureichen. Eine Wählergruppe darf nur den in der Wahlwerberliste für die Wahl des Gemeinderates an der ersten Stelle gereihten Wahlwerber als Wahlwerber für die Wahl des Bürgermeisters vorschlagen. Der Wahlvorschlag für die Wahl des Bürgermeisters hat zu enthalten:

- die Bezeichnung der Wählergruppe;
- den Familien- und Vornamen, das Geburtsdatum, den Beruf und die Adresse.

Der Wahlvorschlag muss von mehr als der Hälfte der Wahlwerber aus der Wahlwerberliste des von der Wählergruppe für die Wahl des Gemeinderates eingebrachten Wahlvorschlages unterfertigt sein.

Dem Wahlvorschlag ist die schriftliche Erklärung des Wahlwerbers anzuschließen, mit der Aufnahme in den Wahlvorschlag einverstanden zu sein (Zustimmungserklärung); die Zustimmungserklärung gilt gleichzeitig als Unterfertigung des Wahlvorschlages.

Der Zustellungsbevollmächtigte einer Wählergruppe für die Wahl des Gemeinderates ist auch Zustellungsbevollmächtigter für den von dieser Wählergruppe eingebrachten Wahlvorschlag für die Wahl des Bürgermeisters.

Muster eines Wahlvorschlages für die Wahl des Bürgermeisters:

Wahl des Gemeinderates am 14. März 2010 in der Gemeinde

.....

Wahlvorschlag nach § 40 der Tiroler Gemeindewahlordnung 1994

Bezeichnung der Wählergruppe:

.....

Wahlwerber für die Wahl des Bürgermeisters:

..... (Familien- und Vorname, Geburtsjahr, Beruf und Adresse)

Der vorstehende Wahlvorschlag wird nach § 40 Abs. 4 der Tiroler Gemeindewahlordnung 1994 von folgenden Wahlwerbern unterstützt:

- | | |
|--|----------------------------|
| 1. (Familien- und Vorname, Adresse) | (Unterschrift) |
| 2. | |
| 3. | |
| 4. | |
| 5. | |
| usw. | |

(Unterfertigung von mindestens mehr als der Hälfte der Wahlwerber aus der Wahlwerberliste des von der oben bezeichneten Wählergruppe für die Wahl des Gemeinderates eingebrachten Wahlvorschlages)

Muster für eine Zustimmungserklärung für die Wahl des Bürgermeisters:

Wahl des Gemeinderates am 10. März 2010 in der Gemeinde

.....

Zustimmungserklärung nach § 40 Abs. 5 der Tiroler Gemeindewahlordnung 1994

Ich(Familien- und Vorname, Geburtsdatum, Beruf und Adresse) stimme der Aufnahme als Wahlwerber in den Wahlvorschlag der Wählergruppe „.....“ für die Wahl des Bürgermeisters zu.

.....

Datum und Unterschrift

Der Zustellungsbevollmächtigte vertritt die Wählergruppe nach außen. Fehlt in einem Wahlvorschlag die Bezeichnung eines Zustellbevollmächtigten, so gilt der erstgereichte Wahlwerber als solcher. Er sollte als Kontaktmann zur Gemeindewahlbehörde jederzeit und leicht erreichbar sein. Der Zustellungsbevollmächtigte kann abberufen und durch eine andere Person ersetzt werden; die Abberufung bedarf einer schriftlichen Erklärung, die von der Mehrheit der Personen, die den Wahlvorschlag der Wählergruppe für den Gemeinderat unterfertigt haben, unterfertigt sein muss.

Der technische Vorgang der Vorlage und Entgegennahme eines Wahlvorschlages ist als Vorbereitungsakt für die in der Gemeindewahlbehörde als Kollegialorgan durchzuführende Überprüfung und Entscheidung über die Wahlvorschläge zu sehen und obliegt dem Gemeindewahlleiter oder seinem Hilfspersonal (Gemeindeamt).

Die Gemeindewahlbehörde hat die bei ihr rechtzeitig eingelangten Wahlvorschläge für die Wahl des Gemeinderates und des Bürgermeisters unverzüglich zu überprüfen, ob sie dem Gesetz entsprechen und ob die vorgeschlagenen Wahlwerber wählbar sind. Stellt die Gemeindewahlbehörde bei einem Wahlvorschlag Mängel fest, so hat sie den Zustellungsbevollmächtigten aufzufordern, die Mängel bis spätestens Dienstag, den 2. März 2010, 17.00 Uhr, zu beheben.

Mit der Überreichung der Wahlvorschläge ist die Tätigkeit der Wählergruppen, die sich an der Wahlwerbung beteiligen, abgeschlossen; die Wählergruppen können in der Folge nur noch in den im Gesetz ausdrücklich bezeichneten Fällen bzw. über Auftrag der Gemeindewahlbehörde tätig werden.

Wird der Wahlvorschlag für die Wahl des Gemeinderates verspätet bzw. der Wahlvorschlag für die Wahl des Bürgermeisters nicht gleichzeitig mit dem Wahlvorschlag für die Wahl des Gemeinderates eingereicht, enthält ein Wahlvorschlag keine Bezeichnung, enthält die Wahlwerberliste nicht mindestens vier Wahlwerber oder ist die für die Wahl des Bürgermeisters vorgeschlagene Person nicht wählbar, so ist der Wahlvorschlag von der Gemeindewahlbehörde zurückzuweisen, enthält die Wahlwerberliste nicht wählbare Personen, so sind diese von der Gemeindewahlbehörde zu streichen (nicht behebbare Mängel).

Die Bezeichnung der Wählergruppen darf keinen Anlass zur Verwechslung geben; es ist dabei ein strenger Maßstab anzulegen, da die Bezeichnung der Wählergruppen bei der Bildung des Wählerwillens eine maß-

gebliche Rolle spielt. Wann Bezeichnungen miteinander verwechselt werden können, ist von der Gemeindewahlbehörde im Einzelfall zu beurteilen. Die Beurteilung der Unterscheidbarkeit hat sich nicht nur auf das Gesamtbild der Bezeichnung, sondern auch auf die einzelnen Worte und ihre Wirkung im Gesamtbild der Bezeichnung zu beziehen. Die Unterscheidbarkeit der Bezeichnung der Wählergruppen muss auch bei der Kurzbezeichnung gegeben sein. So wurde beispielsweise „Kommunistische Partei Österreichs KPÖ“ und „Kommunistischer Bund Österreichs KB“ als verwechselbar angesehen. Bei gleichen oder schwer unterscheidbaren Bezeichnungen zweier oder mehrerer Wahlvorschläge, ist in folgender Weise vorzugehen: vorerst hat der Gemeindewahlleiter die Zustellungsbevollmächtigten zu einer gemeinsamen Besprechung zu laden und ein Einvernehmen über die Unterscheidung der Bezeichnungen anzubahnen. Kommt kein Einvernehmen zustande, so hat die Gemeindewahlbehörde diese Wählergruppen insbesondere durch das Beisetzen von Buchstaben oder der Namen der erstgenannten Wahlwerber unterscheidbar zu bezeichnen; die Änderung der Bezeichnung einer Wählergruppe für die Wahl des Gemeinderates ist auch für die Wahl des Bürgermeisters zu berücksichtigen.

Aus Gründen der Identifikation der Wahlwerber kommt der zutreffenden Wiedergabe von Namen, Geburtsjahr bzw. Geburtsdatum, Beruf und Adresse besondere Bedeutung zu. Es ist der gegenwärtig ausgeübte Beruf anzuführen. Das Anführen einer Funktion (Bürgermeister, Ortsbauernobmann) kann die Angabe des Berufes nicht ersetzen; eine Funktion kann nur neben dem Beruf angeführt werden.

Der Wahlvorschlag selbst ist von der entsprechenden Anzahl von Wahlberechtigten zu unterfertigen. Im Hinblick auf den Grundsatz des persönlichen Wahlrechtes kann ein Wahlvorschlag nur persönlich unterfertigt werden. Die Gemeindewahlbehörde ist verpflichtet, die Echtheit der Unterschriften zu überprüfen. Die Unterschriften der einen Wahlvorschlag unterstützenden Personen fallen nicht unter das Amtsgeheimnis; der Grundsatz des geheimen Wahlrechtes bezieht sich nur auf die Stimmenabgabe, nicht jedoch auf die Wahlwerbung, die ihrem Wesen nach öffentlich ist. Die Wählergruppen haben zur Wahrung der Gesetzmäßigkeit der Durchführung der Wahl Anspruch darauf, die unterstützenden Personen zu kennen. Eine Geheimhaltung wäre auch praktisch nicht möglich, weil die – keiner Verschwiegenheitspflicht unterworfenen – später Unterfertigenden die Namen derer lesen können, die vor ihnen unterfertigt haben.

Die Zustimmungserklärung eines Wahlwerbers für die Aufnahme in einen Wahlvorschlag kann nur persönlich abgegeben werden. Wer für die Wahl des Bürgermeisters vorgeschlagen wird, hat als Wahlwerber für die Wahl des Gemeinderates und als Wahlwerber für die Wahl des Bürgermeisters je eine Zustimmungserklärung abzugeben.

Ein Wahlwerber, der auf zwei oder mehreren Wahlvorschlägen enthalten ist, ist von der Gemeindewahlbehörde aufzufordern, sich schriftlich für einen Wahlvorschlag zu entscheiden; auf allen anderen Wahlvorschlägen ist er zu streichen. Entscheidet er sich nicht bis zum Dienstag, den 2. März 2010, 17.00 Uhr, so wird er nur auf dem ersten bei der Gemeindewahlbehörde eingebrachten Wahlvorschlag belassen (bei gleichzeitig eingebrachten Wahlvorschlägen entscheidet das Los, das das jüngste Mitglied der Gemeindewahlbehörde zu ziehen hat). Seine Unterfertigungen gelten nur noch zugunsten des Wahlvorschlages als erfolgt, auf dem der Wahlwerber belassen wird; solche Unterfertigungen sind jene zur Unterstützung eines Wahlvorschlages für die Wahl des Bürgermeisters oder einer Koppelungserklärung.

Hat ein Wahlberechtigter zwei oder mehrere Wahlvorschläge für die Wahl des Gemeinderates unterfertigt, so ist seine Unterfertigung nur für den ersten eingebrachten Wahlvorschlag als gültig anzuerkennen (bei gleichzeitig eingebrachten Wahlvorschlägen entscheidet darüber das Los, das das jüngste Mitglied der Gemeindewahlbehörde zu ziehen hat); die Unterfertigungen für die anderen Wahlvorschläge gelten als nicht beigelegt.

Eine Wählergruppe kann ihren Wahlvorschlag für die Wahl des Gemeinderates bzw. für die Wahl des Bürgermeisters spätestens bis Freitag, den 26. Februar 2010, 17.00 Uhr, zurückziehen; die schriftlich zu erklärende Zurückziehung des Wahlvorschlages für die Wahl des Gemeinderates muss von mehr als der Hälfte der Personen, die den Wahlvorschlag unterfertigt haben bzw. deren Zustimmungserklärung als Unterfertigung gilt, mindestens jedoch von fünf Personen, die schriftlich zu erklärende Zurückziehung des Wahlvorschlages für die Wahl des Bürgermeisters muss von der Mehrheit der Personen, die diesen Wahlvorschlag unterfertigt haben, unterfertigt sein.

Ein Wahlwerber kann bis spätestens Dienstag, den 2. März 2010, 17.00 Uhr, seine Zustimmungserklärung zurückziehen; die Zurückziehung ist der Gemeindewahlbehörde schriftlich zu erklären. Sonstige Unterfertigungen für den Wahlvorschlag bleiben durch die Zurückziehung unberührt; solche Unterfertigungen sind

jene zur Unterstützung eines Wahlvorschlages für die Wahl des Bürgermeisters oder einer Koppelungserklärung. Die Gemeindewahlbehörde hat den Zustellungsbevollmächtigten der Wählergruppe des betreffenden Wahlwerbers unverzüglich zu verständigen; damit wird der betroffenen Wählergruppe die Namhaftmachung eines neuen Wahlwerbers ermöglicht.

Zieht ein Wahlwerber für die Wahl des Gemeinderates seine Zustimmungserklärung zurück, stirbt er oder verliert er – etwa weil er seinen Hauptwohnsitz in eine andere Gemeinde verlegt – seine Wählbarkeit, so kann die Wählergruppe ihre Wahlwerberliste durch die Nennung eines anderen Wahlwerbers ergänzen; der neue Wahlwerber ist in der Wahlwerberliste an der Stelle des ausgeschiedenen Wahlwerbers oder im Anschluss an den letzten Wahlwerber zu reihen. Ein solcher Ersatz- oder Ergänzungsvorschlag, der der Unterschrift des Zustellungsbevollmächtigten und der Zustimmungserklärung des neuen Wahlwerbers bedarf, ist spätestens am Dienstag, den 2. März 2010, 17.00 Uhr, bei der Gemeindewahlbehörde einzubringen.

Zieht ein Wahlwerber für die Wahl des Bürgermeisters seine Zustimmungserklärung zurück, stirbt er oder verliert er – etwa weil er seinen Hauptwohnsitz in eine andere Gemeinde verlegt – seine Wählbarkeit, so kann die Wählergruppe des betreffenden Wahlwerbers durch eine vom Zustellungsbevollmächtigten unterschriebene Erklärung die Wahlwerberliste ihres Wahlvorschlages für die Wahl des Gemeinderates durch Reihung eines Wahlwerbers der Wahlwerberliste an die erste Stelle ändern und den solcherart an die erste Stelle gereihten Wahlwerber als neuen Wahlwerber für die Wahl des Bürgermeisters vorschlagen; ein solcher Vorschlag, der von mehr als der Hälfte der Wahlwerber aus der Wahlwerberliste des von der Wählergruppe für die Wahl des Gemeinderates eingebrachten Wahlvorschlages unterfertigt sein muss, und der Zustimmungserklärung des neuen Wahlwerbers bedarf, ist spätestens am Dienstag, den 2. März 2010, 17.00 Uhr, bei der Gemeindewahlbehörde einzubringen.

Besondere Regelungen gelten für den Fall, dass ein Wahlwerber für die Wahl des Bürgermeisters nach Ablauf des 13. Tages vor dem Wahltag stirbt.

Eine einen Wahlvorschlag für die Wahl des Gemeinderates unterstützende Unterschrift kann ein Wahlberechtigter spätestens am Freitag, den 26. Februar 2010, 17.00 Uhr, durch eine schriftliche Erklärung an die Gemeindewahlbehörde nur noch dann zurückziehen, wenn der Unterzeichner glaubhaft macht, dass er durch einen wesentlichen Irrtum, durch arglistige Täuschung oder durch Drohung zur Unterfertigung veranlasst worden ist;

glaubhaft machen bedeutet, der Gemeindewahlbehörde die Überzeugung von der Wahrscheinlichkeit bestimmter Tatsachenbehauptungen zu vermitteln. Eine bloße Behauptung des Wahlberechtigten, der seine Unterschrift wieder zurückziehen will, dass „die gesetzlichen Voraussetzungen für die Zurückziehung gegeben seien“, genügt nicht. Ob die gesetzlichen Voraussetzungen für die Zurückziehung einer Unterschrift gegeben sind, ist von der Gemeindewahlbehörde zu klären.

Nähere Regelungen über die Koppelung von Wahlvorschlägen enthält § 37 der Tiroler Gemeindewahlordnung 1994.

Wählergruppen können ihre Wahlvorschläge für die Wahl des Gemeinderates koppeln. Sollen mehr als zwei Wahlvorschläge miteinander gekoppelt werden, so muss jeder Wahlvorschlag mit jedem von ihnen gekoppelt werden.

Die **Koppelung** ist von den Wählergruppen spätestens am **Freitag, den 26. Februar 2010, 17.00 Uhr**, schriftlich bei der Gemeindewahlbehörde zu erklären. Die Koppelungserklärung muss jeweils von mehr als der Hälfte der Wahlwerber der einzelnen zu koppelnden Wahlvorschläge unterfertigt sein.

Muster für eine Koppelungserklärung:

Wahl des Gemeinderates am 14. März 2010 in der Gemeinde

.....

**Koppelungserklärung
nach § 37 der Tiroler Gemeindewahlordnung 1994**

Die Wählergruppen

- A (Bezeichnung der Wählergruppe)
- B
- C
- usw.

erklären hiemit, dass sie ihre Wahlvorschläge für die Wahl des Gemeinderates nach § 37 der Tiroler Gemeindewahlordnung 1994 miteinander koppeln.

Für A:

- 1. (Familien- und Vorname, Adresse) (Unterschrift)
- 2.
- 3.
- 4.
- 5.
- usw.

Für B:

- 1. (Familien- und Vorname, Adresse) (Unterschrift)
- 2.
- 3.
- 4.
- 5.
- usw.

Für C:

- 1. (Familien- und Vorname, Adresse) (Unterschrift)
- 2.
- 3.
- 4.
- 5.
- usw.

usw.

(Unterfertigung von jeweils mehr als der Hälfte der Wahlwerber der einzelnen zu koppelnden Wahlvorschläge)

Der technische Vorgang der Vorlage und Entgegennahme einer Koppelungserklärung ist als Vorbereitungsakt für die in der Gemeindegewahlbehörde als Kollegialorgan durchzuführende Überprüfung und Entscheidung über die Koppelungserklärungen zu sehen und obliegt dem Gemeindegewahlleiter oder seinem Hilfspersonal (Gemeindegewalt).

Die Gemeindegewaltbehörde hat die bei ihr rechtzeitig eingelangten Koppelungserklärungen unverzüglich zu überprüfen, ob sie dem Gesetz entsprechen. Stellt die Gemeindegewaltbehörde bei einer Koppelungserklärung Mängel (wie das Fehlen der erforderlichen Anzahl von Unterschriften) fest, so hat sie den Zustellbevollmächtigten aufzufordern, die Mängel bis spätestens Dienstag, den 2. März 2010, 17.00 Uhr, zu beheben.

Wird eine Koppelungserklärung verspätet eingereicht, so ist sie von der Gemeindegewaltbehörde zurückzuweisen (nicht behebbarer Mangel).

Die Koppelungserklärung wird gegenstandslos, wenn eine Wählergruppe der gekoppelten Wahlvorschläge die Auflösung der Koppelung bis spätestens Dienstag, den 2. März 2010, 17.00 Uhr, schriftlich bei der Gemeindegewaltbehörde erklärt; die Auflösungserklärung muss von mehr als der Hälfte der Wahlwerber dieser Wählergruppe unterfertigt sein. Sind mehr als zwei Wahlvorschläge miteinander gekoppelt, so bewirkt die Auflösung der Koppelung auch nur mit einem der gekoppelten Wahlvorschläge auch die Auflösung der Koppelung mit den übrigen gekoppelten Wahlvorschlägen. Sind beispielsweise die Wahlvorschläge der Wählergruppen A, B und C miteinander gekoppelt und will C nicht mehr die Koppelung ihres Wahlvorschlages mit jenem von B, so bewirkt der Widerruf dieser Koppelung, dass der Wahlvorschlag C nicht nur nicht mehr mit dem Wahlvorschlag B sondern auch nicht mehr mit dem Wahlvorschlag A gekoppelt bleibt; gekoppelt sind demnach nur mehr die Wahlvorschläge der Wählergruppen A und B. Im übrigen kann die Koppelungserklärung während der folgenden Funktionsperiode des Gemeinderates keine Auflösung oder Änderung mehr erfahren.

Nähere **Regelungen über die endgültige Prüfung der Wahlvorschläge und Koppelungserklärungen** enthalten die §§ 43 und 44 der Tiroler Gemeindegewaltordnung 1994.

Am Abend des Dienstags, des 2. März 2010, oder spätestens am **Mittwoch, den 3. März 2010**, hat die Gemeindegewaltbehörde zur endgültigen Prüfung der Wahlvorschläge und Koppelungserklärungen zusammenzutreten. In dieser Sitzung hat sie **über die Zulässigkeit**

und die Reihung der bei ihr eingebrachten Wahlvorschläge für die Wahl des Gemeinderates und des Bürgermeisters und über die Gültigkeit der Koppelungserklärungen zu entscheiden.

Wahlvorschläge für die Wahl des Gemeinderates, die verspätet eingebracht wurden, keine Bezeichnung der Wählergruppe enthalten, nicht die Mindestanzahl an Wahlwerbern enthalten oder nicht von der Mindestanzahl an Wahlberechtigten unterfertigt sind, und Wahlvorschläge für die Wahl des Bürgermeisters, die nicht gleichzeitig mit dem Wahlvorschlag für die Wahl des Gemeinderates eingebracht wurden, deren Wahlwerber nicht wählbar ist, auf dem Wahlvorschlag für die Wahl des Gemeinderates nicht als erstgereihter Wahlwerber aufscheint oder dessen Wahlvorschlag für den Gemeinderat zurückzuweisen ist, der Wahlvorschlag nicht die Bezeichnung der Wählergruppe enthält, der Wahlwerber nicht hinsichtlich Familien- und Vorname, Geburtsdatum, Beruf und Adresse genau bezeichnet ist, der Wahlvorschlag nicht von der Mindestanzahl an Wahlwerbern unterfertigt ist oder die Zustimmungserklärung fehlt, sind zurückzuweisen.

Auf Wahlvorschlägen für die Wahl des Gemeinderates sind, soweit in der Wahlwerberliste nicht wählbare Personen enthalten sind, von Wahlwerbern die Zustimmungserklärung fehlt, von Unionsbürgern die Erklärung über das passive Wahlrecht im Herkunftsmitgliedstaat nicht oder nicht vollständig vorliegt, Wahlwerber nicht hinsichtlich Familien- und Vorname, Geburtsdatum, Beruf und Adresse genau bezeichnet, nicht klar gereiht oder über die höchstzulässige Anzahl hinaus enthalten sind, die ungültigen Eintragungen zu streichen.

Koppelungserklärungen, die nicht von der erforderlichen Anzahl von Wahlwerbern unterfertigt sind, sind zurückzuweisen.

Die Reihung der Wahlvorschläge der Wählergruppen, die im zuletzt gewählten Gemeinderat vertreten sind, hat sich nach der Anzahl der bei der letzten Gemeinderatswahl erhaltenen Mandate, bei gleicher Anzahl an Mandaten nach der bei der letzten Gemeinderatswahl erhaltenen Stimmen, bei gleicher Anzahl an Stimmen nach dem über die Reihung vom jüngsten Mitglied des Gemeinderates zu ziehenden Los zu richten.

Als im zuletzt gewählten Gemeinderat vertreten gilt eine Wählergruppe, wenn ihre Bezeichnung gegenüber der bisherigen unverändert geblieben ist (z. B. „Allgemeine Liste“ = „Allgemeine Liste“) oder wenn eine Erklärung der Mehrheit der Mitglieder des Gemeinderates dieser Gemeinderatspartei vorliegt, dass diese

Wählergruppe ihre Nachfolgerin ist (z. B. „Allgemeine Liste“ = „Allgemeine Liste Bürgermeister FM.“, „Junge Liste“ = „Bürgerliste“ oder „Wir für F. 2004“ = „Wir für F. 2010“). Eine solche Erklärung ist bis spätestens Dienstag, den 2. März 2010, 17.00 Uhr, schriftlich an die Gemeindevahlbehörde abzugeben. Bei der Klärung der Identität zwischen einer Gemeinderatspartei und einer Wählergruppe kommt es somit nicht auf die sie unterstützenden Personen, auf die Wahlwerber, auf den Spitzenkandidaten udgl., sondern allein auf die Bezeichnung bzw. Erklärung an.

Tragen zwei oder mehrere Wählergruppen die Bezeichnung einer im zuletzt gewählten Gemeinderat vertretenen Gemeinderatspartei, so ist – unbeschadet der bereits oben beschriebenen Maßnahmen zur Sicherung der Unverwechselbarkeit der Bezeichnungen der Wählergruppen – an der dieser Gemeinderatspartei zukommenden Stelle jene der neuen Wählergruppen zu reihen, für die eine Erklärung der Mehrheit der Mitglieder des Gemeinderates dieser Gemeinderatspartei vorliegt, dass diese Wählergruppe ihre Nachfolgerin ist. So treten beispielsweise nach einer 2004 angetretenen „Allgemeinen Liste“ 2010 eine „Allgemeine Liste Bürgermeister MN“ und eine „Allgemeine Liste OP“ an. MN und OP sind zur Sicherung der Unverwechselbarkeit hinzugefügte Ergänzungen durch die Gemeindevahlbehörde. Von den acht Mitgliedern der Gemeinderatspartei „Allgemeine Liste“ geben sechs die schriftliche Erklärung ab, die Wählergruppe „Allgemeine Liste OP“ sei ihre Nachfolgerin. Eine solche Erklärung ist bis spätestens Dienstag, den 2. März 2010, 17.00 Uhr, schriftlich an die Gemeindevahlbehörde abzugeben. Bei der Klärung der Identität zwischen einer Gemeinderatspartei und von Wählergruppen gleicher Bezeichnung kommt es somit nicht auf die sie unterstützenden Personen, auf die Wahlwerber, auf den Spitzenkandidaten udgl., sondern allein auf die Erklärung an.

Im Anschluss an diese Wahlvorschläge sind die Wahlvorschläge der übrigen Wählergruppen zu reihen, wobei sich ihre Reihung nach dem Zeitpunkt der Einbringung des Wahlvorschlages richtet. Bei gleichzeitig eingebrachten Wahlvorschlägen entscheidet über die Reihung das vom jüngsten Mitglied der Gemeindevahlbehörde zu ziehende Los. Gleichzeitig eingebracht sind die Wahlvorschläge dann, wenn zwei oder mehrere Vertreter von Wählergruppen gleichzeitig zur Überreichung der Wahlvorschläge eintreffen und anwesend sind, ohne dass es hier eine Rolle spielt, welchem von ihnen es als erstem gelingt, die Wahlvorschläge tatsächlich auszuhandigen.

Hinsichtlich der Mitwirkung der Mitglieder der Gemeindevahlbehörde, die in der Regel Zustellungsbevollmächtigte oder Wahlwerber einer Wählergruppe sind, wird im Gesetz ausdrücklich festgehalten, dass sie auch bei der Entscheidung über den eigenen Wahlvorschlag als Beisitzer (Ersatzmitglieder) das Stimmrecht bzw. als Gemeindevahlleiter (Stellvertreter) das Dirimierungsrecht behalten. Damit sind die Beteiligten in puncto Sachlichkeit gefordert. Deshalb kommt der Führung der Niederschrift über diese Sitzung besondere Bedeutung zu. Die Niederschrift hat in nachvollziehbarer Weise insbesondere die Entscheidung über die Zulässigkeit und Reihung der Wahlvorschläge samt Gründen und Abstimmungsergebnis und die Entscheidung über die Gültigkeit der Koppelungserklärungen samt Gründen und Abstimmungsergebnis zu enthalten. Zudem hat die Niederschrift zu enthalten: den Namen der Gemeindevahlbehörde, Ort, Zeit und Gegenstand der Sitzung, die Namen des Gemeindevahlleiters (Stellvertreters) und der Beisitzer (Ersatzmitglieder) und, die Namen der Vertrauenspersonen. Die Niederschrift ist zumindest vom Gemeindevahlleiter (Stellvertreter) zu unterschreiben.

Die Entscheidung der Gemeindevahlbehörde über die Zulässigkeit und die Reihung der bei ihr eingebrachten Wahlvorschläge für die Wahl des Gemeinderates und des Bürgermeisters und über die Gültigkeit der Koppelungserklärungen ist dem Zustellbevollmächtigten der betreffenden Wählergruppe lediglich bekannt zu geben.

Die Entscheidung der Gemeindevahlbehörde über die Zulässigkeit und die Reihung der bei ihr eingebrachten Wahlvorschläge für die Wahl des Gemeinderates und des Bürgermeisters und über die Gültigkeit der Koppelungserklärungen kann erst innerhalb von vier Wochen nach Beendigung des Wahlverfahrens im Weg einer Wahlanfechtung wegen behaupteter Rechtswidrigkeit des Wahlverfahrens beim Verfassungsgerichtshof angefochten werden. Anfechtungslegitimiert sind einerseits die Wählergruppe durch ihren Zustellungsbevollmächtigten und andererseits ein einzelner Wahlwerber, der behauptet, dass ihm die Wählbarkeit im Wahlverfahren rechtswidrig aberkannt wurde.

Nähere Regelungen über die Kundmachung der Wahlvorschläge und Koppelungen enthält schließlich § 45 der Tiroler Gemeindevahlordnung 1994.

Spätestens am **Donnerstag, den 4. März 2010**, hat die Gemeindevahlbehörde die **Wahlvorschläge und die Koppelungen kundzumachen**.

In der Kundmachung sind vorerst die Wahlvorschläge für die Wahl des Gemeinderates anzuführen. Auf allfällige Koppelungen von Wahlvorschlägen ist hinzuweisen. Der Wahlvorschlag einer Wählergruppe für die Wahl des Bürgermeisters ist jeweils im Anschluss an ihren Wahlvorschlag für die Wahl des Gemeinderates kundzumachen.

Das Gesetz enthält keine Aussage über die Dauer der

Kundmachung. Die Kundmachung hat jedenfalls bis zum Ablauf der Wahlzeit am Wahntag in der Gemeinde zu erfolgen.

Die Reihung der Wahlvorschläge für die Wahl des Gemeinderates und für die Wahl des Bürgermeisters in der Kundmachung gilt auch für die Reihung auf den amtlichen Stimmzetteln. Auch auf den Stimmzetteln ist auf allfällige Koppelungen hinzuweisen.

41.

Fällt der Getränkesteuerausgleich?

Im Jahr 2000 fiel mit der Getränkesteuer eine der bedeutendsten ausschließlichen Gemeindeabgaben. Das Aufkommen lag bei 58 Mio € und war für viele Gemeinden eine zentrale Einnahmequelle.

Zur Abfederung des Entfalles der Getränkesteuer sah die Finanzausgleichsgesetzgebung seit 2000 den Getränkesteuerausgleich vor. Ein Teil der Umsatzsteuer wurde im Weg des Getränkesteuerausgleiches im Verhältnis des Aufkommens der Jahre 1993 bis 1997, ausnahmsweise unter Einbeziehung der Jahre 1998 und 1999, den vom Entfall betroffenen Gemeinden überwiesen. Im Jahr 2009 erreichte der Getränkesteuerausgleich immerhin 55 Mio €.

Die Gemeinde Mils bei Imst rief im vergangenen Jahr den Verfassungsgerichtshof als Kausalgerichtshof an. Die Gemeinde, die in der Vergangenheit nie ein nennenswertes Aufkommen an Getränkesteuer erzielte, forderte eine Beteiligung am Getränkesteuerausgleich; sie argumentierte damit, dass in den vergangenen Jahren mit der „Trofana“ auch auf ihrem Gemeindegebiet ein Betrieb entstanden sei, in dem Getränke umgesetzt werden.

Der Verfassungsgerichtshof beschloss in seiner Sitzung vom 25. September 2009 zu Zahl A 2/09-8, die Verfassungsmäßigkeit des § 9 Abs. 7 Z. 5 lit. b sublit. bc sowie des § 11 Abs. 2 Z. 2 des Bundesgesetzes, mit dem der Finanzausgleich für die Jahre 2008 bis 2013 geregelt wird und sonstige finanzausgleichsrechtliche Bestimmungen getroffen werden (Finanzausgleichsgesetz 2008 – FAG 2008) von Amts wegen zu prüfen. Das Verfahren über die Klage wird nach Fällung der Entscheidung im Gesetzesprüfungsverfahren fortgesetzt.

Beim Verfassungsgerichtshof sind – wie er begründend ausführt – im Zuge der Behandlung der Klage Bedenken ob der Verfassungsmäßigkeit der für die Beurteilung der Berechtigung des Klagebegehrens maßgeblichen Rechtsvorschriften entstanden. Die Klage richtet sich zum Teil auf (der Höhe nach strittige) Ertrags-

anteile für das Jahr 2008, sodass die einschlägigen Regelungen des FAG 2008 präjudiziell sind. Dazu scheint auch die in Prüfung gezogene Vorschrift des § 11 Abs. 2 Z. 2 leg. cit. zu gehören, da bei deren Wegfall die Verteilung der Ertragsanteile aus der Umsatzsteuer auf die Gemeinden anscheinend nach einem anderen Maßstab vorzusehen wäre. Weiters dürfte in diesem Zusammenhang § 9 Abs. 7 Z. 5 lit. b sublit. bc leg. cit. anzuwenden sein, weil die Höhe der nach dem Maßstab des § 11 Abs. 2 Z. 2 leg. cit. auf die Gemeinden zu verteilenden Anteils eines Landes auf dieser Bestimmung beruht. Die jeweiligen Anteile der Bundesländer scheinen dabei in einem untrennbaren Zusammenhang zu stehen, sodass die gesamte sublit. bc in Prüfung zu ziehen sein dürfte.

Da die Klage auch zulässig zu sein scheint und daher voraussichtlich meritorisch über sie zu entscheiden sein wird, dürfte das Gesetzesprüfungsverfahren zulässig sein.

In der Sache hegt der Verfassungsgerichtshof vorläufig folgende Bedenken:

§ 11 Abs. 2 Z. 2 FAG 2008 (i. V. m. § 9 Abs. 7 Z. 5 lit. b sublit. bc leg. cit.) geht historisch auf die sogenannte Getränkesteuer-Ersatzregelung zurück. Es handelt sich um den wesentlichen Teil jener Maßnahmen, die mit BGBl. 29/2000 getroffen wurden und den Zweck verfolgten, für die Gemeinden die finanziellen Konsequenzen aus dem Entfall der kommunalen Getränkesteuer abzufangen. Der Verfassungsgerichtshof hat bereits im Erkenntnis VfSlg. 16.457/2002 (S. 245) die Auffassung vertreten, dass diese Regelung „inhaltlich geeignet ist, einen nach sachlichen Gesichtspunkten gestalteten Ausgleich für die entfallende Getränkesteuer herbeizuführen“.

Schon in den seinerzeitigen Verhandlungen zwischen den Finanzausgleichspartnern bestand allerdings Übereinstimmung darüber, dass es sich um eine Übergangslösung handle und dass die Notwendigkeit bestehe, die Verteilung künftig an die wirtschaftlichen Veränderungen

gen anzupassen (vgl. die Erläuterungen zum FAG 2001, RV 379 BlgNr. 21. GP). In diesen Erläuterungen wird hervorgehoben, dass als erster Schritt (sc. dieser Anpassung an wirtschaftliche Veränderungen) außergewöhnliche Steigerungen beim Aufkommen an Getränkesteuer in den Jahren 1998 und 1999 gegenüber dem Durchschnittsaufkommen 1993 bis 1997 berücksichtigt werden.

Zu weiteren Änderungen ist es jedoch seit diesem Zeitpunkt nicht mehr gekommen. In den Finanzausgleichsgesetzen 2005 und 2008 wurde der „Getränkesteuerausgleich“ offenbar unverändert fortgeschrieben. Es kam anscheinend weder zu einer (schrittweisen) Zurücknahme dieser Maßnahme noch wurden die seither geänderten wirtschaftlichen Verhältnisse bei den Gemeinden, für die der Anlassfall dieses Verfahrens ein anschauliches Beispiel bildet, berücksichtigt. Damit dürfte es sich bei § 11 Abs. 2 Z. 2 FAG 2008 um eine Norm handeln, die eine bestimmte historische Situation im Bereich der seinerzeitigen Getränkesteuer derart berücksichtigt, dass ein bestimmter Anteil des Umsatzaufkommens auf die Gemeinden nach Maßgabe ihrer Erträge an Getränkesteuer in den Jahren 1993 bis 1997 bzw. – ausnahmsweise – der Jahre 1998 und 1999 verteilt wird. Eine solche Regelung begünstigt anscheinend auf Dauer Gemeinden, die in den genannten Jahren erhebliche bzw. überdurchschnittliche Getränkesteuererträge erzielten, auch wenn diese in den nachfolgenden Jahren nicht mehr erzielt wurden, und dürfte jene nicht bloß vorübergehend benachteiligen, bei denen diese Abgabe in den fraglichen Jahren eine unterdurchschnittliche Bedeutung hatte, obwohl sie in späteren Jahren erhebliche Getränkeumsätze zu verzeichnen hatten. In besonderem Maß dürfte sie Gemeinden privilegieren, die – aus welchen Gründen immer – im Jahr 1998 oder im Jahr 1999 Getränkesteuererträge erzielen konnten, die weit über dem Durchschnitt der Jahre 1993 bis 1997 lagen: Diese erhalten die überdurchschnittlichen Erträge auch dann abgegolten, wenn in den Folgejahren vergleichbare Getränkeumsätze gar nicht mehr erzielt werden konnten.

Eine Regelung dieses Inhaltes ist, wie der Verfassungsgerichtshof bereits im zitierten Erkenntnis VfSlg. 16.457/2002 festgehalten hat, als Übergangsregelung sachlich vertretbar. Ihre unveränderte Fortschreibung, die eine bestimmte historische Situation finanzausgleichsrechtlich fixiert und auf veränderte Verhältnisse nicht Rücksicht nimmt, dürfte aber nach Ablauf einer Übergangsfrist sachlich nicht mehr zu rechtfertigen sein. Der Verfassungsgerichtshof kann zumindest vorderhand nicht erkennen, was es rechtfertigen könnte, eine solche Regelung auch noch für eine Finanzaus-

gleichperiode aufrecht zu erhalten, die mehr als zehn Jahre nach dem Entfall der Getränkesteuer endet. Er geht vorläufig davon aus, dass eine Ausgleichsmaßnahme dieses Inhaltes in dieser Zeit entweder mit entsprechender „Abfederung“ hätte abgebaut werden müssen oder dass der Gesetzgeber bei der finanzausgleichsrechtlichen Verteilung auf die Entwicklung der Getränkeumsätze in den einzelnen Gemeinden in den Jahren nach 1999 Bedacht nehmen, die Verteilung somit generell so vornehmen hätte müssen, als gäbe es noch die Getränkesteuer. Die unveränderte Beibehaltung der Regelung scheint jedenfalls nach Ablauf einer angemessenen Frist zu Differenzierungen zwischen den Gemeinden zu führen, die auf zufälligen historischen Gegebenheiten beruhen und daher als unsachlich anzusehen sein dürften.

Der Umstand, dass die unveränderte Fortschreibung des Getränkesteuerausgleichs im FAG 2008 offenbar in dem diesem Gesetz vorausgegangenem „Finanzausgleichspaktum“ vereinbart wurde, dürfte diese Bedenken nicht entkräften. Zwar hat der Verfassungsgerichtshof in ständiger Rechtsprechung die Auffassung vertreten, dass finanzausgleichsrechtliche Regelungen, die im Einvernehmen zwischen den Gebietskörperschaften getroffen werden, in der Regel im Einklang mit § 4 F-VG stehen, dass ihnen also die Vermutung der sachlichen Richtigkeit zukommt (VfSlg. 12.505/1990 ua.). Er hat im Erkenntnis VfSlg. 12.505/1990 aber darauf hingewiesen, dass auch in solchen Fällen ein den § 4 F-VG verletzender Fehler der Gesetzgebung vorliegen könne, und zwar (unter anderem) dann, wenn einzelne Gebietskörperschaften gezielt benachteiligt oder bevorzugt werden bzw. wenn die notwendigen Anpassungen an die geänderten tatsächlichen Verhältnisse nicht vorgenommen oder in die Wege geleitet werden. Solches scheint aber im vorliegenden Fall zuzutreffen: Eine Regelung, die bestimmte Gebietskörperschaften gezielt bevorzugt und die als Übergangsregelung zu rechtfertigen ist, wurde inzwischen zu Dauerrecht, das auf geänderte Verhältnisse nicht Rücksicht nimmt. Die Vermutung der Richtigkeitsgewähr kann eine solche Regelung anscheinend nicht in Anspruch nehmen.

§ 9 Abs. 7 Z. 5 lit. b sublit. bc FAG 2008 war deswegen mit in Prüfung zu ziehen, weil diese Vorschrift anordnet, dass ein bestimmter Anteil der „Abgaben mit einheitlichem Schlüssel“ bzw. der Umsatzsteuer als Getränkesteuerausgleich auf die Länder nach einem Schlüssel zu verteilen ist, der von dem allgemeinen Aufteilungsschlüssel abweicht und anscheinend ebenfalls das unterschiedliche historische Getränkesteueraufkommen in den Bundesländern berücksichtigt. Fiele § 11 Abs. 2 Z. 2 FAG 2008 weg, dann würde im Hin-

blick auf § 9 Abs. 7 Z. 5 lit. b sublit. bc leg. cit. anscheinend weiterhin ein Teil des Aufkommens der gemeinschaftlichen Bundesabgaben auf die Gemeinden nach einem Maßstab verteilt werden, bei dem die historische Situation der Getränkesteuer in den verschiedenen Bundesländern eine Rolle spielt.

Ob die Prozessvoraussetzungen gegeben sind und die angeführten Bedenken zutreffen, wird im Gesetzesprüfungsverfahren zu klären sein.

Die Abteilung Gemeindeangelegenheiten wird über die weitere Entwicklung berichten.

Für die Gemeinden Tirols sind für den Fall einer Aufhebung der §§ 9 Abs. 7 Z. 5 lit. b sublit. bc und 11 Abs. 2 Z. 2 FAG 2008 einschneidende Auswirkungen zu erwarten. Tirol ist nämlich mit 14,5% überproportional

am Getränkesteuerausgleich beteiligt. Nach vorsichtigen Schätzungen würden etwa 20 Mio € weniger zufließen. Der geringere Zufluss käme zudem über die Restertragsanteile nach dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel zur Verteilung. Einzelne Gemeinden hätten gewaltige Mindereinnahmen zu erwarten. Diese Gemeinden waren und sind wichtige Investoren. Diese Gemeinden haben zudem über die Finanzkraft II die Hauptlast für viele Transfers an das Land und den Tiroler Gesundheitsfonds, für Umlagen an die Krankenhäuser in den Bezirken und für Beiträge an die verschiedenen Gemeindeverbände getragen. Damit sind tiefgreifende Auswirkungen auf das gesamte Finanzierungssystem zu erwarten, die an keiner Gemeinde vorübergehen werden.

42.

Einwendungen von Grundeigentümern in Straßenrechtsverfahren

Gemäß § 43 Abs. 1 Tiroler Straßengesetz kann der Eigentümer, der von einem Bauvorhaben betroffenen Grundstücke, Änderungen des Bauvorhabens hinsichtlich der Straßentrasse und der technischen Ausgestaltung der Straße beantragen, sofern dadurch die Beanspruchung seiner Grundstücke vermieden oder verringert werden kann.

Oftmals werden jedoch im Rahmen der Verhandlung nur Erklärungen abgegeben, dem Bauvorhaben nicht zuzustimmen. Laut bisheriger Rechtsprechung waren solche Erklärungen keine Einwendungen im Rechtssinn.

Der Verwaltungsgerichtshof hat nun in seinem Erkenntnis vom 22. Oktober 2008, Zl. 2008/06/0138, die Parteirechte erweitert bzw. folgende Thesen aufgestellt.

„Der betroffene Grundeigentümer hat das Recht, das Vorliegen eines Bedarfes für das Vorhaben, dessen Deckung im öffentlichen Verkehrsinteresse gelegen ist, in Frage zu stellen. Eine Einwendung im Sinn des § 42 AVG ist schon dann gegeben, wenn der Grundeigentümer sich gegen einen Eingriff in sein Eigentum schlechthin wendet, d. h. sich dagegen ausspricht. Eine ausdrückliche Bezeichnung des Rechtes, dessen Verletzung behauptet wird, ist nicht notwendig, weil keine Unklarheit darüber bestehen kann, dass er das Eigentumsrecht meint. Schon die bloße Erklärung sich gegen die geplante, ihn bedrohende Enteignung auszusprechen, ist genügend konkretisierend. Dies deshalb, da gemäß § 62 Abs. 1 lit. a Tiroler Straßengesetz eine Bindungswirkung der Straßenbaubewilligung für ein allfällig nachfolgendes Enteignungsverfahren gilt.“

Es gilt daher sozusagen die Formel: Baubewilligung = Möglichkeit der Enteignung = Eingriff ins Eigentumsrecht.

Zusammenfassend kann daher Folgendes festgehalten werden:

Sobald ein berührter Grundeigentümer im Rahmen der mündlichen Verhandlung auch nur „muh“ macht, hat die Behörde zu überprüfen, ob das Vorhaben insbesondere angesichts des bestehenden Zustandes der Straße unbedingt notwendig und verhältnismäßig ist. Es ist also darzulegen, dass das Vorhaben so wichtig ist, dass es einen Eingriff in das Eigentum des berührten Grundeigentümers rechtfertigt. Je dringlicher aus verkehrstechnischer Sicht sohin das Bauvorhaben ist, desto leichter kann ins Grundeigentum eingegriffen werden.

Auch bisher wurden Variantenprüfungen vor Ausarbeitung eines Projektes durchgeführt. Diese Prüfungen müssten in Hinkunft so dokumentiert sein, dass seitens des straßenbautechnischen Sachverständigen beurteilt werden kann, dass die eingereichte Variante die „verträglichste“ ist.

Weiters ist es Aufgabe des straßenbautechnischen Sachverständigen zu beurteilen, ob es Alternativen zum beantragten Projekt geben könnte, die keine Grundinanspruchnahme oder eine geringere bewirken. Im Anschluss daran ist die „Güterabwägung“ im Sinn des § 43 Abs. 2 Tiroler Straßengesetz vorzunehmen.

Ohne diese aufwendigen Gutachten leidet ein Bewilligungsbescheid an einem Verfahrensfehler und muss von der Aufsichtsbehörde behoben werden.

Für allfällige weitere Fragen steht die Abteilung Verkehrsrecht gerne jederzeit zur Verfügung.

Dr. Georg Zepharovich,
Abteilung Verkehrsrecht

Zahl IIB1-L-2/110-2009 vom 14. Oktober 2009

**VERBRAUCHERPREISINDEX
FÜR OKTOBER 2009**
(vorläufiges Ergebnis)

	September 2009 (endgültig)	Oktober 2009 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	107,8	107,9
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	119,2	119,3
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	125,5	125,6
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	164,1	164,2
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	255,1	255,3
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	447,6	448,0
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	570,3	570,8
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	572,1	572,6

Der Index der Verbraucherpreise 2005 (Basis: Durchschnitt 2005 = 100) für den Kalendermonat Oktober 2009 beträgt 107,9 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für September 2009 um 0,1% gestiegen (September 2009 gegenüber August 2009: + 0,1%). Gegenüber Oktober 2008 ergibt sich eine Steigerung um 0,3% (September 2009/2008: 0,1%).

Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.

MEDIENINHABER (VERLEGER):
Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Helmut Praxmarer

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck